L-1 Das Beste für Berlin: Klimaschutz, der wirkt

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 03.06.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag zum Thema Klimaschutz

1 Die Klimakrise ist bittere Realität. Ihre Folgen sind dramatisch und zeigen sich
2 in der
3 Welt, in Europa und auch ganz konkret hier in Berlin. Sei es der dritte
4 Dürresommer in
5 Folge, Rekordtemperaturen auf der ganzen Welt oder Waldbrände in unbekanntem
6 Ausmaß. Bereits
7 jetzt hat sich das Klima um 1,1 Grad erwärmt. Doch die getroffenen Zusagen aus
8 dem Pariser
9 Klimaschutz Abkommen werden nicht eingehalten mit fatalen Folgen für Millionen
10 von Menschen.
11 Besonders leidtragend sind dabei die Menschen im globalen Süden, da die
12 Klimakrise auf einem
13 (neo-)kolonialen ausbeuterischem System basiert. Wir im globalen Norden
14 profitieren dagegen
15 von diesem System und tragen daher eine besondere Verantwortung. Auch Menschen mit
16 niedrigem
17 Einkommen, Frauen und ältere Menschen, spüren in unserer Stadt die ökologischen
18 Folgen am
19 meisten, obwohl Sie für deutlich weniger CO2-Emission verantwortlich sind, das
20 zeigen u.a.
21 die Daten des Umweltgerechtigkeitsatlas. Daher müssen Klimaschutzmaßnahmen
22 prioritär dort
ansetzen, wo die Menschen besonders stark von negativen Auswirkungen betroffen
sind. Denn
die Klimakrise ist eine soziale Krise. Daher müssen wir in jedem Bereich die
Klimawende
angehen und auf Bundesebene endlich das angekündigte Klimageld einführen. In
Berlin wollen
wir Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten, beispielweise dabei
unbürokratisch
unterstützen, dass sie Förderung für Balkonkraftwerke erhalten oder nach dem
Vorbild der
niederländischen „Fixbrigaden“ Handwerker*innen für sie einfache aber sehr
effektive
Tätigkeiten zur Energieeinsparung ausführen können. Auch wenn die großen Hebel

der
Klimawende die Transformation im Verkehrs-, Energie-, Gebäude-, und
Industriesektor sind,
dürfen wir die sozialer Infrastruktur wie den Kultur- und Bildungsbereich sowie
die
Gesundheitsversorgung nicht vergessen. Dafür werden wir auch für alle Bereiche
die nötigen
Finanzmittel zur Verfügung stellen müssen.

23 Zuletzt hat der jüngste IPCC-Bericht uns die Dringlichkeit vor Augen geführt, mit
24 der wir
25 Maßnahmen zur Begrenzung der Erderhitzung ergreifen müssen. Eindringlich wie nie
26 zuvor weist
27 der Weltklimarat darauf hin, dass das Tempo und der Umfang der bisherigen
28 Bemühungen nicht
29 ausreichen. Die Wissenschaftler*innen fordern einmal mehr ein, dass das Tempo
30 beim Ergreifen
31 von Klimaschutzmaßnahmen drastisch gesteigert wird. Der neu gewählte schwarz-rote
32 Senat
33 hingegen verschließt die Augen vor dem notwendigen Wandel. Mit dem wolkigen
34 Versprechen, ein
35 Sondervermögen einzurichten, ohne konkrete Maßnahmenpakete bekanntzugeben,
36 ertränken CDU und
37 SPD ernsthafte Bestrebungen. Hinzu kommt, dass die Rückschrittskoalition viele
38 der
bisherigen Klimaschutzmaßnahmen aufweichen und zurückdrehen möchte: in der
Bauordnung, im
Mobilitätsgesetz, beim Weiterbau der A100, der Streichung der Schienen-TV0, bei
den Plänen
zur Teilversiegelung des Tempelhofer Felds und mit dem angekündigten Stillstand
beim
Tramausbau. Das alles muss uns noch mehr Antrieb sein, den Umbau Berlins zu einer
klimaneutralen Stadt sozialverträglich voranzutreiben. Denn auch unsere Stadt
muss ihrer
globalen Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise gerecht werden. Hierfür
müssen wir die
Klimaneutralität Berlins deutlich schneller erreichen als es die gesetzliche
Vorgabe von
2045 vorsieht und dabei erheblich an Tempo zulegen.

39 In den letzten Jahren haben wir unter grüner Regierungsbeteiligung dafür gesorgt,
40 dass das
41 Land Berlin seine Klimaziele für den Klimaschutz deutlich ambitionierter
42 ausgestaltet hat
43 und dass alle Senatsvorlagen einem systematischen Klimacheck unterzogen werden
44 müssen. Wir

45 setzen uns dafür ein, die Selbstverpflichtung des Staates in Gesetzestexten, die
46 den
47 Klimaschutz betreffen, in Land und Bund weiter zu stärken. Wir sind mutig
48 vorangegangen und
49 waren zwischenzeitlich Taktgeberin für viele andere Bundesländer und für den
50 Bund. Da, wo es
51 rechtlich möglich war, haben wir dafür gesorgt, dass Berlin den Kohleausstieg auf
52 2029
vorzieht. Wir haben die Fernwärme bundesweit erstmals gesetzlich einem
Dekarbonisierungspfad
unterworfen und gesetzliche Vorgaben für den Anteil Erneuerbarer festgesetzt. Mit
dem
Masterplan SolarCity haben wir die Grundlage für einen schnelleren Ausbau von
Erneuerbaren
in Berlin geschaffen. Wir haben die Solardach-Pflicht für private und öffentliche
Gebäude im
Neubau und Bestand auch für Nicht-Wohngebäude eingeführt sowie flankierend dazu
Förderprogramme ausgebaut und mit dem Solarzentrum ein unabhängiges
Beratungsangebot
geschaffen.

53 Mobilität verbindet die Berliner*innen tagtäglich wie nichts anderes. Durch eine
54 gute und
55 nutzungsfreundliche Mobilitätsgestaltung werden lebenswerte und nachhaltige
56 Verhältnisse in
57 Berlin geschaffen, insbesondere für Kinder, Ältere und Menschen mit
58 Behinderungen.
59 Attraktive ÖPNV-Angebote, eine leichte Erreichbarkeit innerhalb der eigenen
60 Nachbarschaft
61 durch sichere Wege und eine menschengerechte Verkehrsgeschwindigkeit sind
62 essentiell für den
63 Klimaschutz. Die Orientierung am Umweltatlas macht Notwendigkeiten sichtbar und
64 ermöglicht,
65 Maßnahmen priorisiert und gerecht umzusetzen.

66
67 Mit dem bundesweit einmaligen Mobilitätsgesetz haben wir den Vorrang des
68 Umweltverbundes aus
69 öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) und Fuß- und Radverkehr festgeschrieben.
70 Das
Mobilitätsgesetz muss konsequent angewendet und dessen Ziele weiterverfolgt
werden. Auch den
Ausbau des ÖPNV haben wir vorangebracht und werden dies weiterhin tun: Mit neuen
Tramstrecken und neuen U-Bahn- und S-Bahn-Wägen sorgen wir für noch mehr
klimafreundliche
Mobilität auf der Schiene. Mit dem neuen Rufbussystem MUVA der BVG bieten wir ein
besseres

ÖPNV-Angebot in den Außenbezirken. Dank uns werden bis zum Jahr 2030 alle Busse der BVG (etwa 1500 Stück) auf komplett erneuerbar-elektrischen Antrieb umgestellt, damit sie keine schädlichen Abgase mehr produzieren. Dadurch wird Berlin eine der größten E-Bus Flotten in ganz Europa stellen.

71 Gemeinsam haben wir erste Schritte hin zu einer Klimagovernance unternommen, ein
72 Berliner
73 „Klimakabinett“ aufgesetzt und einen Klimabürger*innenrat einberufen. Dessen
74 Empfehlungen
75 sind in das überarbeitete Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK)
76 eingeflossen. All
77 das waren nur erste Schritte. Die Erreichung der Klimaziele erfordert ein
78 systematisches und
79 koordiniertes Vorgehen, das Klima konsequent zur Querschnittsaufgabe für den
80 Senat macht.
81 Dazu gehört auch, dass unsere Finanzströme in den öffentlichen Haushalten mit
82 den Zielen
des Pariser Klimaschutzabkommens kompatibel sein müssen. Dabei müssen die Ausgaben des Landeshaushalts die Maßgaben des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes und des BEK einhalten. Es müssen die notwendigen Mittel im Haushalt eingestellt werden, um die Emissionsreduktionsziele zu erreichen. Dabei sind die Maßnahmen nicht nur nach ihrer Wirtschaftlichkeit sondern vor allem nach ihrer Effizienz für den Klimaschutz zu priorisieren, und es ist auf eine soziale Kostenteilung zu achten.

83 Wir müssen drastisch an Fahrt aufnehmen, wenn wir unsere Klimaschutzziele
84 erreichen möchten.
85 Die Politik muss in den zentralen Feldern mit all ihren Instrumenten auf die
86 Erreichung der
87 sektoralen und gesamtstädtischen Klimaziele ausgerichtet werden. Dazu ist eine
88 jährliche
89 Datenerfassung zur Zielerreichungskontrolle bei den Reduktionszielen zu
90 implementieren. Bei
91 Zielverfehlungen sollen die jeweils zuständigen Senatsverwaltungen
92 Sofortmaßnahmen auf den
93 Weg bringen . Mit derzeit etwa 50% CO₂-Emissionsreduzierung ist gerade erst der
94 halbe Weg
95 geschafft. Klimaschutz und -anpassung bleiben die zentralen politischen Aufgaben
96 der
97 nächsten Jahre und Jahrzehnte. Um den Klimaschutz in Berlin noch zielgerichteter

98 voranzubringen, fordern wir ein klimagerechtes und 1,5°-konformes Emissions-
99 Restbudget.
100 Daraus abgeleitete Emissions-Reduktionsziele sollen auf Jahre, auf Sektoren und
101 auch auf die
102 Bezirke heruntergebrochen werden. Hemmnisse bei der Umsetzung von Maßnahmen soll
103 der Senat
104 in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Stakeholdern beseitigen. Außerdem plädieren
105 wir für
106 einen stärkeren internationalen Wissensaustausch zur Klimaneutralität mit anderen
107 Städten,
108 z.B. als Twin City im Rahmen des NetZeroCities-Programms der EU.
109 Für einen erfolgreichen Klimaschutz müssen wir unsere Anstrengungen um ein
110 Vielfaches
111 erhöhen. Bei der Siedlungsentwicklung soll der Bestand mehr in den Mittelpunkt,
112 um möglichst
113 wenig Boden zu versiegeln, Mobilität zu erzeugen und somit eine nachhaltige
114 Entwicklung der
115 Stadt aus der Landschaft zu erreichen (Entsiegelung / 30 ha-Ziel). Das gilt auch
116 für die
117 Bau- und Wärmewende, die eine der größten ökosozialen Zukunftsfragen unserer
118 Stadt ist. Wir
119 wollen das Bauen auf eine zukunftsfähige, auf der Kreislaufwirtschaft und
120 klimafreundlichen
121 Materialien basierende Grundlage zu stellen. Den Wärme- und Kühlungsbedarf im
122 Gebäudebereich
123 wollen wir deutlich reduzieren und die dann noch benötigte Wärme und Kühlung auf
124 Grundlage
125 erneuerbarer Energien , einer stadtweiten Infrastruktur- und Wärmeplanung und
126 bedarfsorientierter Quartierslösungen bereitstellen, mit einem Schwerpunkt auf
127 den am
schnellsten umsetzbaren und effektivsten Maßnahmen. Abwärmenutzung,
Wärmepumpentechnik,
oberflächennahe Geothermie, Solarthermie und („adiabate“) Verdunstungskühlung,
sowie
klimaangepasste Architektur (wie Fassadenbegrünung) haben für uns klar Vorrang.
Die u.a. von
Vattenfall geplante Ausweitung der keineswegs klima- und CO2-neutralen
Holzverbrennung in
Kraftwerken lehnen wir als für den Klimaschutz kontraproduktiv ab. Energetische
Sanierungsmaßnahmen sollen warmmietenneutral umgesetzt werden. Eine Ausweitung
der
thermischen Abfallverwertung lehnen wir ab. Unser Ziel ist eine faire
Kostenverteilung
zwischen Vermieter*innen, öffentlicher Hand und Mieter*innen sowie die
Abschaffung der
Modernisierungsumlage.

Wir wollen die Wärmewende bzw. Maßnahmen, die unsere Klimaschutzziele erreichbar machen und den Schutz der sozialen Zusammensetzung in Milieuschutzgebieten besser in Einklang bringen.

Wir erwarten hier vom neuen Senat im Rahmen der unter Rot-Grün-Rot eingerichteten AG

Milieuschutz gemeinsam mit den Bezirken Lösungen. Denn bisher gibt es keine belastbaren

Verfahren beispielsweise für den Umgang mit Solaranlagen, Wärmepumpen oder Wärmedämmmaßnahmen sowie mit dem verbindlichen Einsatz von Fördermitteln. Eine Vereinheitlichung aller Kriterien sowie Schwächung des Mieterschutzes in den Bezirken lehnen

wir ab, aber es braucht transparente und für die Verwaltung entlastende Kriterien und

Prüfverfahren für den Klimaschutz und zudem eine bessere personelle wie finanzielle

Ausstattung. Klimaschutz und Mieter*innenschutz gehen für uns beim Milieuschutz nur zusammen.

128 Für uns Grüne Berlin ist der Kampf gegen die Klimakrise zugleich ein Kampf für
129 soziale und
130 globale Gerechtigkeit und um den Erhalt der Lebensbedingungen auf dieser Erde.
131 Hitze,
132 langanhaltende Dürren, Unwetter, Überflutungen oder der steigende Meeresspiegel
133 machen viele
134 Regionen auf der Erde zunehmend unbewohnbar und zwingen Menschen zur Flucht. Wir
135 Grüne
136 Berlin fordern daher ein Landesaufnahmeprogramm "Klima", um neben Menschen aus
137 Kriegs- und
138 Krisengebieten auch Menschen aufzunehmen, die aufgrund des Klimawandels fliehen
139 müssen.

140
141 Wir brauchen sozial ausgeglichene und praktisch umsetzbare Maßnahmen für
142 Klimaschutz und
143 Klimaanpassung und interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Politikfeldern.
144 Klimaschutz
145 kann dann am erfolgreichsten sein, wenn alle ihn als ihre Aufgabe begreifen und
146 bereit sind,
147 in ihrem Bereich Klimaschutz zu priorisieren und die Lebensgrundlagen unserer
Stadt und
unseres Planeten zu schützen. Dafür soll ein klimapolitischer Gleichstellungs-
Check für alle
Gesetze und Maßnahmen umgesetzt werden. Das reicht von Grundsätzen zur Gestaltung
der
konkreten Klimapolitik bis hin zur Einhaltung menschenrechtlicher

Verpflichtungen. Wir

wollen, dass Klimaschutz in allen Politikfeldern entscheidungsrelevant ist.

Wir brauchen eine breite Allianz für Klimaschutz. Ganz gleich ob die Bereiche Bildung,

Gesundheit, Kultur oder Sport: Klimaschutz und -anpassung ist die Aufgabe aller. Viele

Akteur*innen haben sich bereits auf den Weg gemacht. Wir stehen in der Pflicht, sie dabei zu unterstützen.

148 Die Zivilgesellschaft ist unsere natürliche Partnerin im Kampf gegen die
149 Klimakrise. Der
150 institutionell-politische Raum braucht diesen Druck. Der Druck von Akteur*innen
151 wie Fridays
152 for Future oder Ende Gelände hat klimaschutzpolitische Debatten in den
153 Parlamenten
154 weitergebracht. Auf Initiative der Zivilgesellschaft hin haben wir sowohl als
155 erstes
156 Bundesland die Klimanotlage ausgerufen als auch mit dem Klimabürger*innenrat die
157 Berliner*innen in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Dessen Empfehlungen waren
158 und
159 bleiben für uns Richtschnur bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Auch in
160 Zukunft soll
161 auf solche und andere Beteiligungsformate gesetzt werden, um gemeinsam mit der
162 Stadtgesellschaft, aber auch Stakeholder*innen aus den verschiedensten Bereichen,
163 Maßnahmen
164 (weiter) zu entwickeln. Zuletzt haben wir den Volksentscheid Berlin klimaneutral
165 2030
166 unterstützt. Dessen Ziel, die Klimaziele schneller zu erreichen, teilen wir.
167 Gewalt gegen
168 Klimaaktivist*innen sowie die Verschärfung von Strafrecht, um ihren Protest zu
169 verhindern,
170 lehnen wir strikt ab. Das gilt insbesondere auch für die Polizeigewalt und die
171 Anwandlungen
172 von Selbstjustiz gegenüber der sogenannten Letzten Generation.

174 Um die 1,5 Grad Grenze einzuhalten, haben wir kaum noch Zeit. Zeitgleich sind
175 Parteien in
176 Regierungsverantwortung, die nicht bereit sind effektive Klimapolitik zu machen.
177 Das
Verschleppen und Aufgeben der im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Ziele, kann nicht die
Antwort auf diese Herausforderung sein. Welche Maßnahmen uns zum Ziel der
Klimagerechtigkeit
führen, muss eine gesellschaftliche Aushandlung sein, bei der das Einfließen

verschiedener

Perspektiven wichtig ist. Das Ergebnis des Klimavolksentscheids hat noch einmal deutlich

gezeigt, wie groß der Handlungsbedarf und die Auseinandersetzung darüber weiterhin ist. Wir

brauchen die Akzeptanz und die Unterstützung der gesamten Stadt, um unsere Klimaschutzziele

zu erreichen. Als bündnisgrüne Partei wollen wir – nicht zuletzt mit unseren Landesarbeitsgemeinschaften – mit Menschen aus den Stadtrandlagen wie aus innerstädtischen

Bereichen, den für den Klimaschutz zentralen Unternehmen und Akteur*innen sowie mit den

Expert*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft weiter im Gespräch dazu bleiben, wie die

zwangsläufig hochgesteckten Anforderungen besser und unter welchen Vorgaben realisieren

werden können. Gemeinsam kämpfen wir für Lösungen, die den verschiedenen räumlichen und

sozialen Herausforderungen gerecht werden.

178 Der Senat steht in der Pflicht, die Berliner*innen über die Folgen der Klimakrise
179 und

180 Klimaschutzmaßnahmen zu informieren. Das Land soll in einer Kampagne das Ziel
181 eines

182 klimaneutralen Berlins offensiv kommunizieren. Die damit zusammenhängenden
183 Vorteile wie

184 günstigere Energie, die Gewinne für die Lebensqualität, wie etwa saubere Luft,
185 weniger

186 Verkehrslärm und Milderung von Hitzewellen, sollen in den Mittelpunkt gestellt
187 und die

188 sozial gerechte Kostenverteilung klar kommuniziert werden, um den vermeintlichen
189 Widerspruch

190 von ökologischen und sozialen Belangen entgegenzutreten. Zudem sollte der Senat
zu den

konkreten Zielen, Maßnahmen sowie deren Umsetzungsstand und Erfolgen sowie
Handlungsmöglichkeiten für Bürger*innen und Unternehmen laufend
öffentlichkeitswirksam

kommunizieren und berichten.

Bildung for Future - Lernen für den Klimaschutz in gesunder Umgebung

191 Unsere Bildungsinstitutionen sind wichtig für unseren Kampf gegen den

192 Klimawandel. Sie sind

193 elementare Orte der Vermittlung von ökologischem Wissen und Bewusstsein. Zugleich

194 bieten

195 ihre Gebäude, Flächen, Menschen selbst enorme Möglichkeiten für konkreten
Klimaschutz und -
196 anpassung. Seien es Energieeinsparpotentiale bei Gebäuden, die Entsiegelung von
Flächen oder
197 aber das Ernährungsangebot.

196 **Klimabildung in den Schulen und der ganzen Stadt stärken**

197 Das Wissen und die Erkenntnisse zur Klimakrise und die damit einhergehenden
198 ökologischen,
199 sozialen und ökonomischen Herausforderungen müssen verstärkt in der formalen und
200 non-
201 formalen Bildung thematisiert werden. Daher gehören Umwelt- und Naturbildung,
202 Bildung für
203 Nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie Ernährungsbildung für uns in das
204 Schulprogramm einer
205 jeden Schulgemeinschaft. Für die Umsetzung des Orientierungs- und
206 Handlungsrahmens zum
207 Kompetenzerwerb für das übergreifende Thema Nachhaltige Entwicklung / Lernen in
208 globalen
209 Zusammenhängen muss im Schullalltag ausreichend Zeit eingeräumt werden. Die
210 Zusammenhänge
211 zwischen Klimakrise und anderen Ungerechtigkeiten wie Rassismus, Klassismus,
212 Kolonialismus
213 und Sexismus sollten dabei ebenfalls thematisiert werden. Deshalb halten wir
214 interdisziplinäres Lernen für elementar. Wir fordern die Entwicklung eines
Masterplans BNE
nach Hamburger Vorbild, um die Lernvermittlung strukturell von der frühkindlichen
bis zur
Erwachsenenbildung zu verankern. Diese Bildung fängt bereits auf dem Schulweg und
im
Schullalltag an.

Zusätzlich müssen außerschulische Lernorte und praktische Projekte für den
Umwelt- und
Naturschutz, die Stadtnatur und die Klimaanpassung weiterhin gestärkt werden.
Dafür haben
wir Grüne unter anderem die Zivilgesellschaft im Bereich des Naturschutzes und
Umwelt- und
Naturbildung sowie Natur- und Werkpädagogik finanziell deutlich besser gefördert.

215 Wir wollen darauf hinwirken, dass unsere Schulen zu sozialen Vernetzungsorten im
216 Kiez
217 werden, an dem sich Menschen niedrigschwellig über Klimaschutz- und
Anpassungsmaßnahmen
austauschen und bilden, um anschließend gemeinsam Herausforderungen direkt vor

Ort zu lösen.

218 **Ausbildung for Future – Klimaberufe in den Fokus rücken**

219 Wir brauchen Fachkräfte, die die Energiewende praktisch umsetzen können, um den
220 Klimawandel
221 aufzuhalten. Die Zahl an Personen, die Ausbildungen in Klimaschutzberufen
222 absolvieren, ist
223 seit Jahren rückläufig. Ohne die Beseitigung des Flaschenhalses Fachkräfte werden
224 wir unsere
225 Klimaziele jedoch nicht erreichen können. Eine Basis dafür muss deswegen bereits
226 in der
227 Schule gelegt werden. Deswegen sollte vom Grundschul- bis in das Oberstufenalter
228 regelmäßig
und umfassend auch über weniger bekannte Ausbildungsmöglichkeiten informiert und
praktische
Erfahrung gesammelt werden können. Im Rahmen von Schulpraktika oder Besuchen von
Betrieben
sollen Klimaschutzberufe und -betriebe im Fokus stehen. Duale Ausbildungen sollen
einem
Studium gegenüber gleichgestellt sein. Zusammen mit der IHK und der
Handwerkskammer sowie
weiteren Stakeholdern ist hierfür eine Klimaberufsstrategie für Schüler*innen zu
entwickeln.

229 **Im Grünen lernen und spielen – Schulhöfe umgestalten**

230 Wir setzen uns für eine bestmögliche Entsiegelung und Begrünung von Schulhöfen,
231 mehr grüne
232 Klassenzimmer und essbaren Gärten in den Schulen und Kitas ein. So entstehen
233 naturnahe
234 Lernorte der Biodiversität, gesunden Ernährung und Klimaanpassung. Grünflächen
235 heizen sich
236 außerdem weniger auf und leisten dadurch einen positiven Beitrag zum Stadtklima.
237 Zusätzlich
238 können sie als Erholungsraum für die Nachbarschaft dienen. Das Land Berlin muss
239 für
240 entsprechende Vorhaben eine auskömmliche finanzielle Ausstattung zur Verfügung
241 stellen.
242 Außerdem muss die finanzielle Förderung vom erfolgreichen Projekt „Grün macht
Schule“ bzw.
grünes Klassenzimmer ausgebaut und ein Programm für die Entsiegelung auf den
Schulhöfen
aufgelegt werden. Dabei sollen alle Bezirke nach gleichen Standards arbeiten und
Entsiegelung und Begrünung als Pflichtaufgabe verstehen. Parkbuchten vor Schulen

wollen wir

zu Mulden bzw. „Regengärten“ mit einer Begrünung von hoher biologischer Vielfalt umgestalten. Damit steigern wir die Umweltqualität und bieten zugleich Natur- und Umweltbildung vor Ort an.

243 **Ökologischer Schulbau und nachhaltige Energieversorgung fördern**

244 Die Schulbauoffensive wollen wir nutzen, um den ökologischen Schulbau
245 voranzutreiben. Dazu
246 gehören neben gesunden, nachhaltigen Baustoffen, Gründach, Fassadenbegrünung und
247 dezentraler
248 Regenwasserbewirtschaftung ebenso Photovoltaik, eine erneuerbare Wärme- und
249 Kälteversorgungen und intelligente Leittechnik. Auch im Rahmen der
250 Energieeinsparung können
251 Bildungseinrichtungen einen wichtigen Beitrag leisten. Durch eine bessere
252 Regulierung der
253 Heizung vor Ort und den Einbau von LED-Lampen und Bewegungsmeldern kann
254 beispielsweise
255 Energie eingespart werden. Diese Ersparnis soll dann als Anreiz in Form eines
Kostenbudgets
an die Schule zurückgegeben und für weitere Klimaschutzmaßnahmen verwendet
werden. Der Senat
sollte die Bezirke hierbei beispielsweise unterstützen, auf die Möglichkeit des
Energiespar-
Contractings zurückzugreifen sowie die Schulen dabei unterstützen, mit allen
Interessengruppen gleichberechtigt eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten,
wie die
Schule bis spätestens 2035 klimaneutral werden kann.

256 Die Lebensmittelproduktion ist für einen großen Teil des weltweiten CO₂-Ausstoßes
257 verantwortlich. Deshalb wollen wir mehr regionale und saisonale Lebensmittel und
258 täglich
259 vegetarische und vegane Optionen an Schulen und Kitas. Bei der Umsetzung wollen
260 wir darauf
261 achten, dass das Kita- und Schulessen wo immer möglich frisch vor Ort gekocht
262 wird. Da dies
263 nicht überall möglich ist, wollen wir in einem Modellprojekt das Kochen im
Verbund erproben,
bei dem Schulen mit eigener Küche die umliegenden Schulen ohne Küchen mit Essen
versorgen.
Wir werden außerdem eine Strategie zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen in der
Kita- und
Schulverpflegung erarbeiten.

264 **Grün unterwegs – zur Schule und darüber hinaus**

265 Alle Kinder und Jugendlichen sollen eigenständig und sicher zu Fuß, auf dem Rad
266 oder mit dem
267 ÖPNV unterwegs sein können.
268 Damit Schüler*innen und an den Schulen Beschäftigte für den Schulweg das Fahrrad
269 leichter
270 nutzen können, werden wir uns für ausreichende, überdachte und sichere
271 Abstellmöglichkeiten
272 auf jedem Schulgelände einsetzen. Vor den Schulen wollen wir Spielstraßen,
273 verkehrsberuhigte
274 Bereiche sowie Schulzonen unmittelbar vor der Schule zu Schulzeiten einrichten,
um den
Elterntaxiverkehr einzuschränken und die Schulwegsicherheit zu erhöhen. Überdies
möchten wir
umweltfreundliche Klassenfahrten fördern. Hierfür müssen vom Senat entsprechende
finanzielle
Anreize für Schulen geschaffen werden, wie beispielsweise die Förderung von Zug-
und
Busfahrten in Europa, um Flugreisen zu vermeiden.

275 **Nachhaltige Wirtschaft – klimaneutral und gerecht**

276 Die große Herausforderung unserer Zeit ist es, Klimaneutralität zu erreichen und
277 dabei
278 Arbeitsplätze und unseren Wohlstand nicht zu gefährden. Viele Unternehmen sind
279 dabei bereits
280 mitten im Umbruch und dennoch ist der Wirtschaftssektor mit einem jährlichen
281 Ausstoß von
282 zwei Millionen Tonnen CO₂ in Berlin noch immer einer der Haupt-CO₂-Emittenten. Je
283 eher sich
284 Unternehmen auf den Kurs hin zur ökosozialen Transformation begeben, desto
285 bessere Chancen
286 haben in Berlin entwickelte, klimaneutrale Produkte und Verfahren auf den Märkten
287 der
288 Zukunft. Diese Transformation begleiten wir durch eine gezielte Förderung durch
289 das Land
290 Berlin sowie eine Ausbildungs Offensive in den Klimaschutzberufen. Denn die
291 Klimakrise werden
292 wir nicht in den Griff bekommen, wenn wir auf individuelles Verhalten oder
293 einzelne Personen
294 abzielen. Wir müssen die systematischen Grundlagen dahinter verstehen - und sie
295 ändern.

296
297 Um die Klimakrise jedoch noch so gut wie möglich abzuwenden werden wir sowohl als
298 Partner
299 der Wirtschaft auftreten, diese jedoch auf der anderen Seite auch fordern. Dabei
300 wird es

301 eine soziale Ausgewogenheit der Maßnahmen nur geben, wenn auch eine klare
302 Umverteilung von
303 oben nach unten erfolgt. Diesen Spagat zu meistern wird gerade uns Bündnisgrüne
304 immer wieder
305 vor große Herausforderungen stellen. Wir schließen Transformationsbündnisse mit
306 allen, die
307 an der klimaneutralen Industrie mitarbeiten wollen: mit Umwelt- und
308 Klimaschützer*innen, mit
309 Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden; mit Betriebsrät*innen und Gründer*innen.
310 Dabei ist
Berlin gemeinsam mit Brandenburg schon auf einem guten Weg. Schon heute ist die
Kombination
aus attraktiven Angeboten für Fachkräfte, starker Forschungs- und
Innovationslandschaft und
der rasche Ausbau erneuerbarer Energien ein klarer Standortvorteil für die
klimagerechte
Transformation in der Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Diesen Weg der Dekarbonisierung müssen wir hier in Berlin mit aller Kraft weiter
gehen und
ihn deutlich ausbauen. Dabei setzen wir auf Kreislaufwirtschaft,
Gemeinwohlorientierung,
Solidarische Ökonomie, innerbetriebliche Partizipation, Geschlechtergerechtigkeit
und
Chancengleichheit und nehmen bei dem allen immer die gesamte Wertschöpfungskette
in den
Blick. Wir müssen unsere Systeme (vom Arbeitsmarkt bis zu den Landesfinanzen) fit
dafür
machen, dass sie ggf. auch ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts stabil
bleiben.

Wir streben die Rekommunalisierung der Fernwärme an, um aktiv den Umbau des
Netzes hin zu
erneuerbarer Wärme mit Temperaturabsenkung voranzutreiben. Dafür legen wir einen
Dekarbonisierungs-Plan vor, den wir entschlossen umsetzen werden. Darüber hinaus
werden wir
prüfen, inwieweit eine Rekommunalisierung der GASAG mit unseren energie- und
klimapolitischen Zielen vereinbar ist.

311 **Klimaneutrales Wirtschaften in Berlin**

312 Die privaten und öffentlichen Unternehmen sowie die öffentliche Hand müssen ihre
313 Anstrengungen für ein klimaneutrales Wirtschaften massiv verstärken. Um die
314 Geschäftsmodelle
315 weiter zu dekarbonisieren, müssen die Berliner Unternehmen ihre Energieeffizienz
316 und die

317 Nutzung von erneuerbaren Energien erheblich steigern. Wesentlich ist dabei die
318 Umstellung
319 von Prozesswärme und -kälte auf nachhaltig strombasierte Erzeugung aus
320 Erneuerbaren, die
321 weitere Nutzung von Solarpotenzialen, eine konsequente Elektrifizierung sowie die
Nutzung
der Abwärme in Nah- und Fernwärmenetzen. Die Reduzierung des Wasserverbrauchs
muss stärker
in den Fokus genommen werden und bei der Ansiedlung von Unternehmen
Berücksichtigung finden.
Auch die digitale Transformation muss sich am Energie- und Ressourcenverbrauch
messen
lassen.

322 **Eine gemeinsame Initiative für Klimaneutralität - offensiv und sozial gerecht**

323 Die Politik muss auf allen Ebenen den Rahmen für die Transformation setzen und
324 dabei die
325 soziale Frage konsequent beachten. Das Land Berlin muss Initiativen und Netzwerke
326 fördern
327 und die Unternehmen dabei unterstützen, entlang der gesamten Wertschöpfungskette
328 (Scope 1-3)
329 und ohne Kompensation klimaneutral zu werden. Die landeseigene Investitionsbank
330 Berlin (IBB)
ist hierfür ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument. Sie muss ihre
Kredit- und
Förderprogramme deutlich stärker an den verbindlichen Klimazielen ausrichten. Die
Beantragungsverfahren, die Förderkriterien und -verfahren sollen dafür regelmäßig
evaluiert
und optimiert werden.

331 Jede Wirtschaftsförderung im Land Berlin und insbesondere die Förderung der
332 Ansiedlung von
333 Unternehmen durch Berlin Partner muss konsequent zur Erreichung der gesetzlichen
CO2-
Reduktionsziele beitragen.

334 **Die Landesunternehmen stehen an der Spitze der Nachhaltigkeit**

335 Die landeseigenen Unternehmen stehen in der Pflicht, Vorbild für nachhaltiges
336 Wirtschaften
337 zu sein. Dies gilt insbesondere für die zentralen Akteure unserer
338 Versorgungssysteme – BVG,
339 Charité/Vivantes, Messe, BSR, Wasserbetriebe, Stadtwerk und BER. Wir fordern,
340 dass sie

341 verpflichtet werden, verbindliche Pfade zur Klimaneutralität mit konkreten
342 Kosten- und
343 Maßnahmenplänen festzulegen. Die Klimaschutzvereinbarungen müssen regelmäßig
344 überprüft und
345 bei Bedarf angepasst werden. Ziel ist ein klimaneutrales Wirtschaften bis
346 spätestens 2035.
347 Das betrifft Maßnahmen beim Fuhrpark, bei Gebäuden, bei Stromerzeugung und
348 -verbrauch ebenso
349 wie die Reduktion des Wasserverbrauchs oder der vor- und nachgelagerten
350 Emissionen etwa bei
351 Einkauf und Entsorgung. Dabei benötigen die landeseigenen Unternehmen finanzielle
352 Unterstützung, etwa durch zweckgebundene Transaktionskredite. Mit der
Zweckbestimmung wäre
auch gewährleistet, dass dieses Geld nicht wie das schwarz-rote Sondervermögen
nur ein
abstraktes Versprechen bleibt, sondern für konkrete Vorhaben ausgegeben wird.
Damit die
öffentlichen Unternehmen entlang ihrer Wertschöpfungskette klimaneutral
wirtschaften, müssen
auch ihre Finanzanlagen konsequent an sozial-ökologischen Standards ausgerichtet
werden. Um
sicherzustellen, dass die Klimaziele konsequent verfolgt werden, müssen diese
auch in die
Vertragsgestaltung mit den Geschäftsführungen und Vorständen einfließen.

Klimaschutz bei der Vergabe

353 Die öffentliche Auftragsvergabe von Senat und Bezirken ist mit einem jährlichen
354 Volumen von
355 rund fünf Milliarden Euro ein wichtiger Bestandteil der Nachfrage in der Stadt
356 nach
357 Produkten und Dienstleistungen. Wir wollen das Berliner Vergaberecht fair und
358 nachhaltig
359 weiterentwickeln. Eines unserer Ziele ist, dass Berlin nur noch Dienstleistungen
360 und
361 Produkte von Unternehmen beschafft, die in ihrer gesamten Wertschöpfungskette
362 klimaneutral
363 sind. Dieses Kriterium soll in allen Vergabeverfahren berücksichtigt und in der
364 Gewichtung
365 jedes Jahr erhöht werden. Falls nötig gilt es in Abstimmung mit anderen
366 Akteur*innen der
367 öffentlichen Hand durch Bündelung der Nachfrage sicherzustellen, dass die
368 entsprechenden
369 Produkte und Dienstleistungen im Markt verfügbar werden, wie dies erfolgreich
bereits bei
der Beschaffung von Bussen durch die BVG praktiziert wurde.

Mit einer stärkeren Orientierung an nachhaltigen Produkten kann die öffentliche Hand gerade bei der Markteinführung prägend auf den Markt einwirken. Nachhaltigkeit und Klimaneutralität müssen auch deswegen verbindliches Kriterium bei jeder Vergabe sein. Ein besonderes Augenmerk legen wir darauf, dass Bezirke und Hauptverwaltungen auch personell und strukturell in die Lage versetzt werden, die sozialen und ökologischen Kriterien konsequent umzusetzen.

370 Für die Umrüstung des Landesfuhrparks auf klimaneutrale Antriebe braucht es einen
371 Masterplan, wie bis 2030 sowohl die Ladeinfrastruktur als auch die sukzessive
372 Umrüstung bei Neubeschaffung von Fahrzeugen, insbesondere bei Polizei und Feuerwehr, umgesetzt werden.

373 **Das Handwerk als starker Partner auf dem Weg zu Klimaneutralität**

374 Das Berliner Handwerk spielt eine tragende Rolle für Klimaschutz und
375 Nachhaltigkeit, etwa
376 bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, beim Bau von Solaranlagen oder beim
377 Einbau von
378 Heizungstechnik, die auf Erneuerbaren basiert. Wir wollen gemeinsam mit dem
379 Berliner
380 Handwerk die Sicherung, Ausbildung und Weiterqualifizierung von Fachkräften in
381 den
382 klimarelevanten Berufen gezielt vorantreiben. Hierfür werden wir eng mit
383 Betrieben,
384 Beschäftigtenvertretungen, Kammern und Innungen kooperieren. Ziel ist eine gemeinsame
Strategie, zu der die finanzielle Unterstützung von Ausbildungsbetrieben, bessere
Arbeits-
und Ausbildungsbedingungen, erhebliche Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von
Familie und
Beruf, die konsequente Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, eine
erleichterte
Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und den Ausbau staatlicher Hilfen und
Integrationsleistungen
gehören.

385 **Wirtschaftsverkehr emissionsfrei und stadtverträglich machen**

386
387 Wir kritisieren, dass Schwarz-Rot den von uns fertiggestellten Teil zum

388 **Wirtschaftsverkehr**
389 des Mobilitätsgesetzes gestoppt hat. Wir wollen den Lieferverkehr, insbesondere
390 für den
391 Einzelhandel, und Handwerker*innen unterstützen. Lieferzonen sollen
392 bedarfsgerecht
393 eingerichtet und freigehalten bzw. überwacht werden. Die Flächenkonkurrenz wollen
394 wir
395 gemeinsam mit dem Umweltverbund lösen, indem wir CO2-neutrale Kleinfahrzeuge und
andere
Alternativen zum Lkw für Lieferungen auf der
letzten Meile etablieren. Der städtische Güterverkehr soll stärker auf Schiene
und Wasser
verlegt werden. Dafür sollen Gütertrams und MicroHubs pilotiert und die
Antriebswende im
Schiffsverkehr vorangetrieben werden.

396 Daneben setzen wir uns für wirksame Rahmenbedingungen für kommerzielle und
397 gemeinnützige
398 Akteur*innen und Unternehmen ein, welche Arbeitskräfte (Quereinsteiger*innen,
399 Langzeitarbeitslose, Geflüchtete, Personen ohne Ausbildungsabschluss) in eine
sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Klimaberufen bringen möchten.

400 **Berlin wird Vorbild für nachhaltigen und stadtverträglichen Tourismus**

401 Die Berliner Wirtschaft ist breit gefächert. Alle Branchen müssen ihren Beitrag
402 leisten,
403 damit wir unser Ziel der Klimaneutralität erreichen. Der Tourismus kann mit gutem
404 Beispiel
405 vorangehen, wenn wir ihn stadtverträglich gestalten. Dafür muss der von Rot-Grün-
406 Rot
407 geschaffene Fonds für ökologischen Tourismus genutzt und weiterentwickelt werden.
408 Die
409 Perspektive der Bezirke muss zwingend beachtet werden, um abgestimmte Maßnahmen
410 für einen
411 nachhaltigen Tourismus in den Kiezen zu ermöglichen. Wir wollen unsere
412 öffentlichen Räume
413 gerechter verteilen, so dass Einzelhandel und Gastronomie einen neuen Aufschwung
414 erleben.

415
416 Mehrweglösungen schonen nicht nur das Klima, sie sparen auch wertvolle Ressourcen
417 und wirken
der Vermüllung der Stadt entgegen, die gerade auch in touristisch stark
frequentierten
Kiezen ein Problem ist. Daher wollen wir, dass die Mehrweg-Angebotspflicht in
Gastronomie
und Handel konsequent umgesetzt wird. Um eine Lenkungswirkung zu erzielen und die

externen

Kosten für die Umwelt und die Stadtreinigung einzubeziehen, fordern wir, dass Berlin eine Steuer auf Einweggeschirr und -verpackungen für Speisen und Getränke erhebt. Wir setzen uns außerdem dafür ein, die Anbindung Berlins an nationale und europäische Fern- und Nachtzugverbindungen zu verbessern, um möglichst viele Flugreisen von und nach Berlin auf die Schiene zu verlagern.

418 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

419 Die Klimakrise hat bereits jetzt schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit
420 der
421 Berliner*innen und ist entsprechend immer auch eine Gesundheitskrise. Etwa durch
422 stärker
423 ausgeprägte Hitzeperioden, das vermehrte Auftreten von hier bislang selten
424 diagnostizierten
425 Infektionserkrankungen, eine höhere Belastung für Menschen mit Allergien, die
426 steigende
427 Luftverschmutzung und dem daraus resultierenden Stress sind Berliner*innen
428 körperlich und
429 psychisch von den Folgen der Klimakrise betroffen. In Anbetracht des drohenden
430 Verlustes
431 unserer Lebensgrundlagen sind auch Angst, Depressionen und Anpassungsstörungen
432 immer
433 häufiger und wir brauchen gesamtgesellschaftliche Lösungen im Umgang damit. Die
434 Folgen von
435 Extremwetterereignissen, wie Starkregen mit einem hohen Zerstörungsausmaß können
436 Menschen
437 zusätzlich stark belasten.
Die Klimakrise verstärkt auch die gesundheitliche Ungleichheit, denn insbesondere Kinder, Menschen mit chronischen körperlichen und psychischen Erkrankungen, alte Menschen und Menschen in prekären Lebensverhältnissen, sowie Opfer von häuslicher Gewalt– v.a. Frauen und Kinder - sind besonders von den gesundheitlichen Folgen der Klimakrise betroffen. Beim Einsatz für mehr Klimagerechtigkeit in Berlin können wir davon profitieren, wenn Klima- und Gesundheitsschutz sich gegenseitig verstärken. So führt eine nachhaltige Mobilitätsgestaltung, d.h. die Förderung der Verkehrsarten des Umweltverbands, zusätzlich zu einer besseren Luftqualität und weniger Lärm. Das wiederum fördert die Aufenthaltsqualität

im öffentlichen Raum und die gesünderen Wege zu Fuß oder auch mit dem Fahrrad

438 **Berliner*innen wirksam vor Hitze schützen**

439 In Berlin sind insbesondere die stark zunehmenden Hitzetage ein ernstes
440 Gesundheitsrisiko.
441 Großstädte werden in der Klimakrise zu Wärmeinseln und heizen sich aufgrund des
442 hohen Grads
443 an Versiegelung und der Dichte an motorisiertem Verkehr um bis zu acht Grad mehr
444 auf als das
445 Umland. Besonders stark sind dicht besiedelte Quartiere betroffen. Die Klimakrise
446 wirft hier
447 v.a. auch Fragen der Umweltgerechtigkeit auf, denn Menschen mit geringem
448 Einkommen tragen in
449 der Regel deutlich weniger zu der Klimakrise bei, sind aber überdurchschnittlich
450 davon
451 betroffen, auch im Falle von Hitzewellen, die für von Armut betroffene Menschen
452 immer mehr
zur Lebensgefahr werden. Gleichzeitig haben sie noch immer einen vergleichsweise
schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem. Wir setzen uns für ein „Netzwerk für
Abkühlung“
ein, das Orte, an denen Menschen sich abkühlen können, wie z.B. Kirchen, Parks
etc. bekannt
und den Zugang dazu niedrigschwellig macht. Dazu gehört auch, dass beispielsweise
Schwimbäder – als Orte der Abkühlung – für Menschen mit geringem Einkommen
bezahlbar sind.
Denn konsequent gedacht bedeutet Klimagerechtigkeit immer auch soziale und
gesundheitliche
Gerechtigkeit.

453 Um die Berliner*innen wirksam vor Hitze zu schützen, hat die bündnisgrün geführte
454 Gesundheitsverwaltung im März 2022 gemeinsam mit zahlreichen Akteur*innen aus
455 Gesundheit und
456 Pflege das „Aktionsbündnis Hitzeschutz Berlin“ ins Leben gerufen. In diesem
457 Rahmen wurden
458 Musterhitzeschutzpläne für ambulante Pflegedienste bis hin zu Krankenhäusern
459 entworfen und
460 veröffentlicht. Diese müssen nun in allen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen in
461 den
462 Sozialräumen der Bezirke umgesetzt und auf weitere gesellschaftliche Bereiche,
463 wie Kitas,
464 Schulen und Sportstätten ausgeweitet werden. Sektorenübergreifende
Hitzeaktionspläne sind
damit auch ein Paradebeispiel für einen konsequenten Health in All Policies-
Ansatz, der
gleichzeitig immer auch ein Climate in All Policies-Ansatz ist.

Die Menschen in der Stadt benötigen außerdem insbesondere in Hitzeperioden jederzeit den Zugang zu frischem Wasser – und zwar kostenfrei. Der begonnene Bau von Trinkbrunnen an allen zentralen Haltestellen und stark besuchten Orten muss weiter vorangetrieben werden.

465 **Berliner Krankenhäuser auf dem Weg zur Klimaneutralität stärken**

466 Auch der Gesundheitssektor selbst muss einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz
467 leisten, da
468 er für über 5% der Emissionen in Deutschland verantwortlich ist. Um die
469 Krankenhäuser, die
470 mit dem zunehmenden Fachkräftemangel und den Folgen der Covid-19-Pandemie bereits
471 stark
472 belastet sind, bei der Transformation hin zu einem klimaneutralen und resilienten
473 Gesundheitssystem zu unterstützen, haben wir Bündnisgrüne das Green Hospital-
474 Programm für
475 Berlin aufgelegt und mit rund 30 Millionen Euro im Landeshaushalt verankert.
476 Dieses muss vom
477 schwarz-roten-Senat nun zügig weiter umgesetzt und ausgeweitet werden, damit alle
478 Berliner
479 Krankenhäuser in die Lage versetzt werden, wirksam in energetische Sanierungen
480 und eine
481 energieeffiziente Infrastruktur zu investieren, zu der auch eine elektrifizierte
482 Fahrzeugflotte gehört. Neben höheren Investitionsmitteln setzen wir uns auch
483 dafür ein, dass
484 alle Krankenhäuser mindestens ein*e Klimamanager*in benennen, die klinikintern
Klimaschutzmaßnahmen entwickelt und umsetzt. Auch in der unmittelbaren Versorgung
von
kranken Menschen gilt dabei: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz, denn viele
Klimaschutzmaßnahmen, wie eine gesündere Ernährung oder die Vermeidung von
Einweg-
Plastikprodukten haben dabei auch positive Auswirkungen auf die Behandlung der
Patient*innen. Durch Digitalisierung und Telemedizin können in der
Gesundheitsversorgung
sowohl die Versorgungsqualität gesteigert als auch medizinisch nicht notwendige
Fahrten
vermieden werden. Dabei ist immer darauf zu achten, dass die digitale Teilhabe
aller
Menschen gewährleistet ist.

485 **Berliner Stadtgrün und Wälder stärken und schützen**

486 Um einerseits die Klimakrise nicht weiter zu verschärfen und andererseits die

487 Klimaresilienz
488 der Stadt zu stärken, müssen wir den städtebaulichen Umbau der Stadtinfrastruktur
489 dringend
490 weiter vorantreiben. Bei allen Baumaßnahmen muss Klimaschutz und -resilienz
491 mitbedacht
492 werden. Vorgaben für Dach- und Fassadenbegrünung müssen in der Bauordnung
493 verbindlich
festgehalten und die Förderung von Gebäudebegrünung deutlich verstärkt werden.
Wir haben
Regenwassermanagement bei Neubauvorhaben vorgebracht und wollen in einem
nächsten Schritt
entsprechende Regelungen auf Planungen ausdehnen, die den öffentlichen
Straßenraum
betreffen.

494 Stadtgrün fördert zusätzlich die Aufenthaltsqualität, schafft Raum für Begegnung
495 und stärkt
496 gesunde Mobilität, wie Fuß- und Radverkehr. Das bestehende Stadtgrün muss
497 weiterhin nicht
498 nur gepflegt, sondern auch ausgeweitet und Bäume sowohl an den Straßen als auch
499 in den Parks
500 neu gepflanzt und gut gepflegt werden. Wir setzen uns dafür ein, bei
501 Planungsmaßnahmen im
502 öffentlichen Raum Klimaanpassungsflächen wie Baumstandorte, Retentions- und
503 Versickerungsflächen mit verbindlichen quantitativen Vorgaben zu verankern.
504 Bestehende Parks
505 müssen erweitert und neue geschaffen werden. Um deutlich mehr Flächen entsiegeln
506 und
507 gestalten zu können, müssen die Bezirke vom Land unterstützt werden,
508 beispielsweise durch
509 einen Leitfaden, der aufklärt, wo und unter welchen Voraussetzungen entsiegelt
510 werden kann.
511 Einen Anfang haben wir im laufenden Doppelhaushalt gemacht, in dem wir den
512 Bezirken mit dem
513 Stadtverschönerungs-Topf hierfür Mittel bereitgestellt haben. Am Halleschen Ufer
514 zeigen wir,
515 wie durch Entsiegelung aus ehemaligen Straßen neue Parks entstehen können. Die
Pläne zur
Teilversiegelung des Tempelhofer Felds der schwarz-roten Koalition zeigen in
genau die
falsche Richtung. Wir lehnen eine Bebauung von Flächen des Tempelhofer Feldes,
die auch dem
erfolgreichen Volksentscheid von 2014 widerspricht, deshalb weiterhin ab. Nur
mehr und
gesundes Stadtgrün und blaue Infrastruktur (unter anderem Wasserflächen in der
Innenstadt)

bedeuten Schatten und Verdunstungskühlung für die überhitzte Stadt sowie Erholung und Schutz für uns Berliner*innen. Zudem wollen wir an geeigneten Stellen sogenannte Regengärten anlegen und so auch zur Kühlung der Stadt beitragen. Wir begrüßen es, wenn Anwohner*innen sich selbst aktiv in die ökologische Gestaltung in ihrem Kiez einbringen wollen. Gemeinsam mit Initiativen und Bürger*innen sollen seitens der Verwaltung Handreichungen erarbeitet werden, wie dies vereinfacht geschehen kann.

516 Der Wald ist für den Kampf gegen die Klimakrise sowie für die Anpassung an den
517 Klimawandel
518 unser wichtigster Verbündeter. Damit weiterhin mindestens ein Fünftel der
519 Berliner
Landesfläche bewaldet bleibt und der Anteil an Wald auf Landesflächen sogar steigt, müssen wir die Resilienz unserer Wälder stärken und sie vor der Klimakrise schützen.

520 Konzepte zu Waldbau, Entnahmepraktiken, Waldwirtschaftspläne, Holzabverkauf sowie
521 der
Wiederaufbau einer landeseigenen Baumschule sind zu prüfen und weiterzuentwickeln.

522 Unter klimaresilientem Waldbau verstehen wir auch die Waldbrandprävention unter
523 Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Feuerökologie. Die Berliner Forsten
524 sind in ihrer
Personal- und Finanzstruktur sowie hinsichtlich ihrer Infrastruktur nachhaltig abzusichern.

525 Sogenannte „pocket forests“ helfen bei der Bewältigung von Klimafolgen in dicht
526 besiedelten
527 Gebieten, beispielsweise durch Abkühlung und mehr Biodiversität.
Zivilgesellschaftliche
Initiativen zur Errichtung solcher Miniwälder wollen wir fördern.

528 Green Culture - Klimaschutz in Kunst und Kultur

529 Kunst und Kultur sind die Zukunftslabore der Gesellschaft bei der ökologischen
530 Transformation. Die Berliner Kulturschaffenden sind progressiv und offen und
531 setzen sich für
532 Vielfalt und eine gerechte Gesellschaft ein. Viele Kulturverbände und Netzwerke
533 von
534 Künstler*innen und Kulturschaffenden engagieren sich bereits aktiv für
535 Klimaschutz und

536 Nachhaltigkeit in der Kultur. Auf Bundesebene sind mit dem Green Culture Desk und
537 dem Fonds
538 „Zero – Klimaneutrale Kunst- und Kulturprojekte“ schon Grundlagen geschaffen, um
Kulturschaffende und Kulturinstitutionen auf ihrem Weg zu mehr Klimaschutz und
Ressourcenschonung zu unterstützen. Wir fordern die Berliner Kulturverwaltung
auf, Barrieren
in der Umsetzung, Lücken in der Vernetzung und Vermittlung zügig abzubauen, um
den Fonds für
die Berliner Kulturlandschaft besser zu erschließen.

539 **Förderprogramme ökologisch ausrichten**

540 Berlin als Fördergeberin muss auch bei den eigenen Förderkriterien für Kultur
541 klar
542 formulieren, dass zukünftig Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Produktion und
543 Präsentation Voraussetzung für eine Förderung sind. Auch die künstlerische
544 Auseinandersetzung mit den Themen Klimakrise, Nachhaltigkeit und Transformation
545 als
546 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sollte ausdrücklich unterstützt werden. Kunst
547 ist eine
548 wichtige Wegbereiterin für die Vermittlung und Akzeptanz der Maßnahmen zur
549 Erreichung der
550 Klimaziele. Etwaige Mehrkosten, die mit einer ökologischen Kulturproduktion und -
präsentation verbunden sind, müssen in der Förderung enthalten sein. Die konkrete
Umsetzung
der Nachhaltigkeitskonzepte soll regelmäßig evaluiert werden, denn die
Überprüfbarkeit ist
Voraussetzung gegen Greenwashing und die Auswertung der Maßnahmen notwendig für
den Aufbau
von Best-Practice-Beispielen aus dem Kultursektor.

551 **Mit der Energie- und Wärmewende Kultur resilient machen**

552 Die Berliner Kultureinrichtungen und Museen haben insgesamt eine schlechte
553 Energieeffizienz
554 und teilweise übermäßige Klimatisierung. Sie gehören, bezogen auf ihre Flächen,
555 zu den
556 größten Energieverbrauchern in Berlin. Wir sehen es als eine der zentralen
557 Aufgaben an, die
558 Berliner Bühnen, Museen und Konzerthäuser klimaneutral auszurichten. Für
559 bestehende
560 Kulturliegenschaften müssen passgenaue Nachhaltigkeits- und
561 Energieeffizienzmaßnahmen für
eine sinnvolle Sanierung der Gebäude entwickelt werden. Sie brauchen eine
Evaluation des

Energieverbrauchs und der Notwendigkeit von Klimatisierung, eine Nachhaltigkeitsdeklaration und eine Klimabilanzierung, die in einer Berichtspflicht abgefragt werden müssen. Neue Kulturliegenschaften, wie etwa die Alte Münze oder das M20, müssen den klimaschonenden Bau und Betrieb als Priorität in den Bauplanungen und -maßnahmen berücksichtigen.

562 Bei Berliner Programmen wie dem Arbeitsraumprogramm, das von der Kultorraum GmbH
563 betreut
564 wird, müssen die Baumaßnahmen ebenfalls klimaneutrale Energieeffizienzstandards
565 und
Nachhaltigkeit als oberste Leitlinie enthalten. Beispielsweise muss die
Ausstattung
ökologisch wiederverwendbar und flexibel nutzbar sein.

566 **Ökologische Kreislaufwirtschaft für Kunst und Kultur möglich machen**

567 Die klimafreundliche und nachhaltige Kulturproduktion und -präsentation beginnt
568 mit dem
569 ressourcenschonenden Umgang mit Materialien und klimaschonenden Transportwegen.
570 Wir setzen
571 uns dafür ein, dass vorhandene Sharing-Angebote und Materialkreisläufe
572 unterstützt und
573 weitere speziell für die Kulturschaffenden ins Leben gerufen und alle miteinander
vernetzt
werden. Die notwendige Unterstützung muss finanziell, räumlich und
organisatorisch erfolgen.
Nachhaltigkeitsmanager*innen sollen die einzelnen Kulturbereiche und
Kulturschaffenden bei
der Transformation unterstützen.

574 **Kultur for Future - Zusammen für die ökologische Wende eintreten**

575 Um die Expertise und Bedarfe der Kulturschaffenden mit den Klimaschutzzielen in
576 Einklang zu
577 bringen, soll ein regelmäßiger „Runder Tisch für Nachhaltigkeit in der Kultur“
ins Leben
gerufen werden, der die Kulturschaffenden mit Verwaltung und Politik vernetzt.

578 Hier sollen Akteur*innen aus Kunst, Politik und Verwaltung fortlaufend Maßnahmen
579 beschließen, evaluieren und weiterentwickeln, um die Klimaschutzziele und
580 Nachhaltigkeit in
581 den Kulturinstitutionen, Produktionen und Kulturveranstaltungen in Berlin zu
fördern und zu

verankern.

582 Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Breitensport, bei Sport-Großevents und
583 Sportfesten

583 Breitensport und Profisport verbinden Menschen und sind Treiber für
584 gesellschaftliche
585 Entwicklungen. Hier kann ökologisches Bewusstsein zum einen spielerisch
586 vermittelt. Zum
587 anderen ist es zwingend notwendig, dass wir im Rahmen von Großevents und der
588 sportlichen
589 Infrastruktur Klimaschutz vorantreiben. Wir setzen bei Sportfesten und sonstigen
590 Sportveranstaltungen im Breiten- bzw. Spitzensport vermehrt auf Zero Waste.
591 Müllvermeidung
muss zu einem festen Bestandteil werden. Sportvereine können einen wichtigen
Beitrag für ein
wachsendes ökologisches Bewusstsein leisten und sie können für mehr
Nachhaltigkeit im Sport
sorgen. Indem etwa im Rahmen von Sportveranstaltungen, -festen und
-großveranstaltungen
sowie der sportlichen Infrastruktur Klimaschutz und -gerechtigkeit vorangetrieben
wird.

592 **Bau und Sanierung von Sportstätten**

593 Warmwasser, Heizung, Beleuchtung, mangelnde Isolierung – laut Deutschem
594 Olympischen
595 Sportbund verursachen deutsche Sportstätten allein dadurch jährlich circa 7,5
596 Millionen
597 Tonnen CO₂ – und damit genau so viel wie sechs Großstädte in einem Jahr. Die
598 Sanierung und
599 Modernisierung bestehender Sportstätten sind konsequent auf Grundlage der
600 Sanierungsfahrpläne umzusetzen und das höchstmögliche Maß an Barrierearmut
601 herzustellen. Um
602 möglichst klimafreundlich zu bauen, fördern wir die Verwendung ökologischer,
603 mikroplastikfreien Materialien, zertifizierter und recyclingfähiger Baustoffe.
604 Fassaden- und
605 Dachbegrünungen schaffen zusätzliche Habitate und dienen der Hitzevorsorge.
606 Einsparpotenziale bei Wärmeenergie, Strom und Wasser müssen in Sportstätten
607 bestmöglich
608 ausgeschöpft werden. Sportplätze und ihre Nebenanlagen sind bei der Sanierung bei
609 Beachtung
610 der sportlichen Nutzungsmöglichkeiten in besonderem Maß zur Versickerung von
Regenwasser zu
nutzen. Bei Sportanlagen, die wesentliche gedeckte Flächen aufweisen, streben wir

die

Verwendung des Regenwassers für die Bewässerung der ungedeckten Flächen an. Beim Neubau von

großen Sportanlagen möchten wir die Wiederverwertung von Grauwasser mit moderner Wasseraufarbeitung ermöglichen. Beim Bau und bei der Sanierung von Sportanlagen ist in

Zukunft darauf zu achten, dass bestehende Biotope und ökologische Gegebenheiten möglichst

erhalten bleiben, geschützt bzw. entstehen können. Alle Sportanlagen sollen sich dem

Naturraum anpassen und vielfältige Bewegungsbezüge ermöglichen.

611 Bei der Energieversorgung aller Sportstätten setzen wir primär auf Erneuerbare-
612 und

613 Solarenergie. Der Senat soll überdies gemeinsam und im Austausch mit dem
614 Solarzentrum sowie

615 den Berliner Stadtwerken Hilfestellungen leisten, damit alle Sportstätten ein
616 Konzept

617 erarbeiten können, wie sie ihre Energieversorgung auf erneuerbare Quellen
618 umstellen können.

619 Bei der Verwendung von Solarenergie setzen wir verstärkt auf die Ausstattung der
620 Hallenbäder

621 und Sporthallen mit Solaranlagen auf Dächern und eine Fassadenbegrünung. Wir
622 wollen, dass

vermehrt auf den Einsatz von LED-Beleuchtung, die Gewinnung von Wärme aus Abwärme und das

Abdecken von Außenbädern gesetzt wird. Insbesondere die Berliner Bäderbetriebe sehen wir

hier in der Pflicht bei der Bereitstellung von erneuerbarer Wärme zum Beheizen der

Schwimmbäder deutlich mehr zu tun. Ein Modellprojekt in Berlin, welches eine Rasenheizung

über eine Wärmepumpe betreibt, soll vormachen, wie Flächen bestmöglich genutzt und Bedarfe

kombiniert werden können.

623 **Sportgroßveranstaltungen nur noch klimaneutral**

624 Die Wahl von Austragungsorten für Sportgroßveranstaltungen sollte auch davon
625 abhängen, wie

626 gut die ÖPNV-Anbindung ist. Der Nahverkehr sollte, beispielsweise mit höherer
627 Taktung von

628 Bussen und Bahnen zu Spielbeginn und -ende, auf diese Veranstaltungen
629 ausgerichtet werden.

630 Sind die Nahverkehrstickets in den Eintrittskarten enthalten, wählen automatisch
mehr

Besucher*innen diese klimafreundliche Anreise. Bei jeder Veranstaltung muss es überdies ausreichend Möglichkeiten geben, Wasserflaschen aufzufüllen. Beim Catering soll verstärkt auf regionale, fair produzierte und verpackungsarme Produkte gesetzt werden.

631 Bei der Planung von Infrastruktur für Großveranstaltungen müssen
632 Klimaschutzanpassungsmaßnahmen verpflichtend werden, z. B. Vorsorge vor Hitze
633 oder
634 Starkregen. Daher sollte möglichst wenig Fläche versiegelt, stattdessen lieber in
635 die Höhe
636 gebaut werden. Bei Spezialbauten sollte von Anfang an die Nachnutzung mitgedacht
637 und
organisiert werden. Für die klimaneutrale und nachhaltige Durchführung von
Großveranstaltungen muss immer ein Konzept vorgelegt werden. Als Land Berlin
bewerben wir
uns nur auf Veranstaltungen, wo dies gewährleistet sein kann.

638 **Nachhaltige Sportarten und Vereine fördern**

639 Durch die Priorisierung von nicht-motorisiertem, nachhaltigem Wassersport auf den
640 Berliner
641 Wasserflächen fördern wir nachhaltige Wassersportarten, wie Rudern, Segeln und
642 Stand Up
643 Paddling. Die Subventionierung nachhaltiger und fair produzierter Sportbekleidung
644 und
645 Sportutensilien über den Landessportbund möchten wir weiter unterstützen,
ausweiten und das
Angebot bekannter machen. Viele Berliner Vereine leisten bereits einen großen
Beitrag zum
Klimaschutz und zur Umweltbildung. Diese Vereine gilt es zu fördern und ihre
Konzepte in die
Breite der Sportlandschaft hineinzutragen.